Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

115 (19.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 115 — Donnerstag, den 19. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett will zunächst die sachliche Arbeit am Reichshaushalt und der Arbeitslosenversicherung erledigen, vor allem das Arbeitsbeschaffungsprogramm, ehe die Ergänzung des Reichskabinetts vorgenommen wird.

*

Die Länder sollen in einer Aussprache in kommender Woche über die bevorstehenden Maßnahmen unterrichtet werden.

*

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Dienstag, den 24. Mai, einberufen worden.

*

Im April 1932 betrug die deutsche Einfuhr 427 Millionen RM. und die Ausfuhr 472 Millionen RM. Gegenüber März ist die Gesamtausfuhr um 46 Millionen RM. gesunken.

*

Die Reichsregierung hat beim Ständigen Internationalen Gerichtshof eine Klage gegen den polnischen Staat wegen der Streitfälle zwischen Pleß und der polnischen Regierung eingereicht.

*

Vor der Sonderstrafkammer des Landgerichts Berlin begann der sogenannte Devaheim-Prozeß.

*

Die Voruntersuchung gegen den Mörder des Präsidenten Doumer, Gorgulow, steht vor dem Abschluß. Die Pariser Abendpresse weist bereits auf die Möglichkeit hin, daß die medizinischen Sachverständigen den Mörder für unzurechnungsfähig erklären.

*

Die Fachverbände des englischen Zirkus- und Theatergewerbes sprachen sich am Mittwoch gegen die Einreiseerlaubnis des deutschen Zirkus Gleich nach England aus.

*

Nach einer verhältnismäßigen, ruhigen Nacht kam es am Mittwoch vormittag zu erneuten Kämpfen zwischen Hindus und Mohamedanern. In Bombay wurden vier weitere Personen getötet und 60 verletzt.

Aufgaben der Reichsregierung

Erst Abschluß der sachlichen Arbeit, dann Ergänzung des Kabinetts

Berlin, 18. Mai. Zu den zahlreichen Erörterungen und Kombinationen in den Blättern über die Kabinettsberatungen und die Besetzung der freien Ministerien, sowie die Besprechungen, die der Kanzler gehabt hat, wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Reichskanzler Brüning die feste Absicht hat, **erst die anstehenden sachlichen Aufgaben zu lösen und dann erst die Ergänzung des Kabinetts vorzunehmen.** Vor allem muß der **Etat** erledigt und die verschiedenen dringenden sozialpolitischen Fragen, wie **Arbeitslosenfrage, Siedlung und Arbeitsdienstfrage** abgeschlossen werden. Wenn in der Presse an den Empfang des Generals von Schleicher und des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler beim Reichskanzler Schlußfolgerungen über die Besetzung der freien Ministerien gezogen worden sind, so wird demgegenüber von unterrichteter Seite betont, **daß nicht mit einem Wort von einem Wechsel gesprochen worden ist.** Im übrigen dürfte es wohl selbstverständlich sein, daß der Reichskanzler auch mit dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium Fühlung nimmt. Den Besprechungen des Kanzlers werden außerdem in den nächsten Tagen noch eine ganze Reihe weiterer Empfänge folgen.

Nach Abschluß der sachlichen Arbeiten im Reichskabinett wird **Reichskanzler Dr. Brüning dem Reichspräsidenten Bericht erstatten** und bei dieser Gelegenheit — aber auch erst dann — naturgemäß auch die **Personalfrage** erörtern. Reichspräsident von Hindenburg wird aller Voraussicht nach noch **bis Ende des Monats in Neudeck bleiben.** Ein Besuch des Reichskanzlers wird zweifellos nicht stattfinden, es ist aber denkbar, daß Staatssekretär Meißner inzwischen den üblichen büromäßigen Vortrag beim Reichspräsidenten halten wird.

*

Die Kabinettssitzung am Mittwoch. — Gewerkschaftsvertreter beim Kanzler.

T.U. **Berlin,** 18. Mai. Das Reichskabinett setzte am Mittwoch seine Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Arbeitslosenfürsorge fort. Dem Vernehmen nach sind die Arbeiten am Mittwoch erheblich weiter gefördert worden.

In den späten Abendstunden empfing der Reichskanzler in Gegenwart der zuständigen Ressortminister sodann Vertreter der Gewerkschaften.

*

Teilkompromiß im Reichskabinett.

T.U. **Berlin,** 19. Mai. Wie die „D.A.Z" aus der Reichsregierung nahestehenden Kreisen erfährt, soll es bei den Kabinettsverhandlungen am Mittwoch gelungen sein, über die Finanzierung, die bisher unlösbare Schwierigkeiten bereitet hatte, eine grundsätzliche Einigung herbeizuführen. Es werde allerdings zugegeben, daß einige Differenzpunkte noch offen seien, die in den nächsten Tagen bereinigt werden sollen. Der überraschende Fortschritt vom Mittwoch werde vor allem auf 2 Chefbesprechungen zurückgeführt, die Mittwoch nachm. stattgefunden haben. Worin die erzielte Einigung bestehe, werde natürlich von den amtlichen Stellen vorläufig nicht gesagt. Es liege aber nahe, sie auf der Linie zu suchen, die bereits durch die Vorschläge der Gewerkschaften geworden sei: Ausdehnung der Krisensteuer und Beibehaltung der Bürgersteuer. Das würde im wesentlichen eine Hilfe für die Gemeinden bedeuten, denen vermutlich die Verpflichtung auferlegt werden dürfte, für künftige reibungslose Abwicklung ihrer Anleiheverpflichtungen zu sorgen. Die Ressortsarbeiten zur Ausführung der im Kabinett vereinbarten Grundsätze würden noch eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen. Nach anderen Informationen ist, wie die „D.A.Z." weiter berichtet, die am Mittwoch erzielte Einigung überhaupt nur auf einen Teil der zur Debatte stehenden Fragen beschränkt geblieben. Ueber die anderen Fragen werde weiter verhandelt. Der Fortschritt vom Mittwoch hat danach nur den Charakter eines grundsätzlichen Kompromisses, von dem aus man zu einer Lösung der Gesamtfragen zu gelangen hoffe.

Neuer Vorstoß gegen die Zivilluftfahrt

Abwehrrede des deutschen Delegierten

Genf, 18 Mai. Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz hat mit der Diskussion der Frage begonnen, ob und **welche Luftwaffen in die qualitative Abrüstung einbezogen werden sollen.** In welcher Richtung sich auch diese Debatte voraussichtlich bewegen wird, geht aus einem **Antrag der Staaten der Kleinen Entente** hervor, in dem u. a. behauptet wird, daß in einem Kriege die **Zivilflugzeuge ebenfalls für militärische Zwecke verwendet werden könnten.**

In einer vielbeachteten Erklärung brachte der **deutsche Vertreter,** Ministerialdirektor **Brandenburg,** zu Beginn der Sitzung nochmals den deutschen Standpunkt zum Ausdruck. Er erklärte, daß der aus dem Unterkomitee hervorgegangene Vorschlag nach deutscher Auffassung nicht weit genug gehe. Erstens beantworte dieser Bericht nicht eindeutig die wichtigste Frage, welche Luftwaffen besonderen Offensivcharakter hätten. Ferner trage der Bericht des Unterausschusses nicht den besonderen Verhältnissen Rechnung, die in den Ländern bestehen, die über keinerlei Abwehrmittel weder aus der Luft noch von der Erde aus verfügen. Hier liege ein grundsätzlicher technischer Unterschied vor. **Der deutsche Vertreter wies auf den Versailler Vertrag hin, der als Auftakt zu einer allgemeinen Abrüstung die völlige Beseitigung der gesamten Militärluftfahrt zu Land und zu Wasser einzuleiten habe. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die gesamte Militärluftfahrt unterschiedslos als besonders offensiv die nationale Verteidigung bedrohend und die Zivilbevölkerung gefährdend nunmehr namhaft gemacht werden.**

Der deutsche Antrag im Luftfahrtausschuß abgelehnt

An die Ausführungen des deutschen Vertreters im Luftfahrtausschuß schloß sich eine längere Debatte an, die damit endete, daß Ministerialdirektor Dr. Brandenburg **den Antrag stellte, über den deutschen Antrag abzustimmen, der die gesamte militärische Luftfahrt und den Abwurf von Kampfmitteln aus Flugzeugen als besonders offensiv bezeichnet. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt.** Für den deutschen Antrag haben Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland, China und die Türkei gestimmt.

*

Genfer Abrüstungsverhandlungen auf dem toten Punkt. — Sabotage der deutschen Luftabrüstungsforderungen.

T.U. **Genf,** 18. Mai. Im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz kam es am Mittwoch völlig unerwartet zu einer großen politischen Aussprache über die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Die Aussprache wurde hervorgerufen durch eine ungewöhnlich scharfe, rein den französischen Standpunkt vertretende Erklärung des belgischen Senators Brouckers, der jetzt übrigens von französischer Seite als Nachfolger Albert Thomas auf dem Direktorposten des Internationalen Arbeitsamtes genannt wird. Brouckers lehnte in seiner Erklärung scharf den Vorschlag des deutschen Vertreters ab, die völlige Abschaffung der Militärluftfahrt als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Ministerialdirektor Brandenburg hatte u. a. darauf verwiesen, daß Deutschland mangels jeglicher Luftabwehr die Luftwaffe in jeder Form als eine äußerst gefährliche Angriffswaffe betrachte und daher die gänzliche Beseitigung der Militärluftfahrt fordern müsse. Der deutsche Vertreter hatte zur Bekräftigung seines Vorschlages auf die Luftabrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages aufmerksam gemacht. Der belgische Vertreter erklärte, der deutsche Vorschlag werfe die Frage der Gleichberechtigung und der Gleichstellung der Rüstungen auf, die als eine rein politische Frage im Ausschuß nicht behandelt werden könne. Nach der Erklärung Brouckers erhob sich sofort der französische Luftfahrtminister Dumesnil und erklärte, daß die französische Abordnung sich völlig auf den von Brouckers vertretenen Standpunkt stelle. Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages seien eine rein politische Frage, die vom Luftfahrtausschuß nicht behandelt werden dürfe.

Ministerialdirektor Brandenburg verwahrte in deutscher Sprache in einer scharfen Erklärung dagegen, daß politische Fragen, insbesondere die Frage der Gleichberechtigung von deutscher Seite in diesem Ausschuß aufgeworfen worden seien und die Verhandlungen vonseiten der deutschen Abordnung einen politischen Charakter erhalten hätten. Der deutsche Vertreter verlas sodann die Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages, in der bekanntlich die Entwaffnung Deutschlands als der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung erklärt wird und betonte, daß der Angriffscharakter der Militärluftfahrt deutlich aus der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919 hervorgehe, in der die Abschaffung der deutschen Militärluftfahrt damit begründet wurde, daß hierdurch alle kriegerischen Angriffsmöglichkeiten unmöglich gemacht werden sollten.

Die Vertreter von Sowjetrußland, Holland und Ungarn schlossen sich den Ausführungen des deutschen Vertreters an.

Der Vorsitzende des Luftfahrtausschusses, der spanische Botschafter Madariaga, gab hierauf eine Erklärung ab, in der er sich der französischen Auffassung anschloß, daß der Luftfahrtausschuß sich keineswegs darum kümmern könne, ob in Versailles bestimmte Waffen den besiegten Ländern als Angriffswaffen verboten worden seien.

Die Verhandlungen im Luftfahrtausschuß haben durch den französisch-belgischen Vorstoß eine rein politische Richtung genommen und die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze in sämtlichen Abrüstungsfragen gezeigt. Zum ersten Mal ist jetzt offen und französischer und belgischer Seite die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in schroffer Weise abgelehnt worden. Die auch von deutscher Seite teilweise gehegte Hoffnung, daß ein gewisses Verständnis für den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage vorhanden sei, hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens haben sich offen auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland im Versailler Vertrag nicht nur die Angriffswaffen, sondern auch die Verteidigungsmittel genommen worden sind und haben somit die deutsche Auffassung, die Frage der Angriffswaffen sei durch den Versailler Vertrag bereits entschieden vollständig abgelehnt. Unter diesen Umständen erscheint es äußerst fraglich, wie weit noch auf der Abrüstungskonferenz eine Durchsetzung des deutschen Standpunktes möglich sein wird. Die energische und ruhige Haltung des deutschen Vertreters, Ministerialdirektors Brandenburg, in der schwierigen politischen Aussprache des Luftfahrtausschusses hat in allen neutralen Kreisen einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Die Vorgänge im Luftfahrtausschuß sind außerordentlich bezeichnend für den gesamten Gang der Abrüstungsverhandlungen.

*

Aus dem Völkerbundsrat

Genf, 18 Mai. Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung wegen der **Klage des Fürsten von Pleß** sich an den **Haager Gerichtshof** gewandt hat. Der Fall des Fürsten Pleß, der als Führer der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien seit Jahren von den polnischen Behörden auf alle mögliche Art, insbesondere durch völlig unberechtigte Steuerforderungen, wirtschaftlich geschädigt wird, hat den Völkerbundsrat schon wiederholt beschäftigt. Die polnische Regierung hat sich einer gütlichen Regelung dieser Angelegenheit bisher stets entzogen, so daß der deutschen Regierung nichts anderes übrig blieb, als nunmehr Polen wegen Verletzung des Minderheitenvertrages vor dem Haager Gerichtshof zu verklagen. Die Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung, da es sich hier nicht, wie fälschlicherweise von Polen behauptet wird, um eine private Steuerangelegenheit des Fürsten Pleß handelt, sondern um eine Frage des Minderheitenschutzes. Im weiteren Verlauf wurde das von der Völkerbundsversammlung im vorigen Jahre angenommene **Kriegsverhütungsabkommen** kurz behandelt. Der deutsche Vertreter, Botschafter Graf **Welczek,** betonte, daß Deutschland auf der jetzigen Abrüstungskonferenz die vollständige **Abschaffung der Militärluftfahrt** fordere und daß infolgedessen unter Umständen die in dem Abkommen enthaltenen Maßnahmen, die sich auf die Militärluftfahrt beziehen, gegenstandslos würden.

*

Französische Frontkämpfer zur Abrüstung

Paris, 18. Mai. Der Verband französischer Frontkämpfer und Kriegsopfer hat auf seiner Tagung in Dijon in einer **Entschließung** zum Ausdruck gebracht, er hoffe, daß die Abrüstungskonferenz möglichst bald zu einem **allgemeinen Abkommen** auf folgender Grundlage gelange:

1. **Allgemeine, gleichzeitige und scharf kontrollierte Herabsetzung der nationalen Rüstungen.**

2. **Zurverfügungstellung des internationalen Zivilflugwesens und anderer Streitkräfte für den Völkerbund, die Bildung einer internationalen Polizei, die jedem Angriff vorbeugt und eintretendenfalls einen solchen Angriff unterdrücken kann.**

3. Machtbefugnisse auf der Grundlage der Achtung der Verträge und des internationalen Rechts an den Völkerbund.

Beisetzung Geheimrat Kahls

Berlin, 18. Mai. Auf dem Friedhof der Jerusalem-Gemeinde wurde Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Kahl beigesetzt. Unter den Trauergästen sah man außer den Angehörigen den Präsidenten des Reichstags, Löbe, den österreichischen Gesandten Dr. Frank, der einen Kranz des österreichischen Bundesministeriums der Justiz am Grabe niederlegen ließ, den Reichsjustizminister Joel zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei und anderer Fraktionen des Parlaments. Nach einem Choral hielt Konsistorialrat Fischer die Trauerrede, in der er besonders die Verdienste des Verstorbenen auf dem Gebiete des Kirchen- und Strafrechts hervorhob. Nach dem Gebet des Geistlichen wurde der Sarg unter Vorantritt der studentischen Korporationen zur Gruft getragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Schrumpfende Wirtschaft — sinkende Steuereingänge

Die öffentlichen Finanzen stehen seit Jahr und Tag unter dem Druck eines verschärften Einnahmerückgangs. Zwar ist es nicht Deutschland allein, dem die Abnahme der Steuer- und Zollerträge als Folgeerscheinung der Weltwirtschaftskrise das Gesetz des finanzpolitischen Handelns diktiert — auch fast alle anderen Länder, vor allem England und die Vereinigten Staaten, neuerdings auch Italien und (in den Anfängen freilich) auch Frankreich, stehen vor ähnlichen Schwierigkeiten. Deutschland aber, ohnedies geschwächt und erschöpft durch die Folgen des Versailler Diktats und insbesondere durch die zwangsweise Beitreibung gewaltiger Reparationszahlungen, hat die schwersten Opfer bringen müssen. Alle Wirtschaftsvorgänge, an die der Fiskus bei der Erhebung der Steuern anknüpft, sind bei uns unter dem Ansturm der Krise aufs härteste in Mitleidenschaft gezogen worden. Die industrielle Produktion hat sich seit ihrem konjunkturellen Höhepunkt um die Mitte des Jahres 1929 nahezu um die Hälfte verringert. Das Masseneinkommen ist infolge der Arbeitslosigkeit, des Lohn- und Gehaltsabbaues, der Kurzarbeit und des schlechten Geschäftsganges stark gesunken. Der Warenumsatz im Binnenhandel und Außenhandel hat sich in der Zeitspanne von 1929 bis 1931 insgesamt um etwa 26 Prozent vermindert. Der Personen- und Güterverkehr zeigt das gleiche Bild rückläufiger Bewegung. Und der Verbrauch an Bedarfsartikeln aller Art bestätigt das Bild wirtschaftlichen Niederganges. Kein Wunder also, daß die Steuererträge entsprechend abgenommen haben.

*

Eine Vorstellung von den Lücken, die die Krise auf dem Gebiete der öffentlichen Einnahmen gerissen hat, vermittelt die Abrechnung des Reichs über die Steuer- und Zolleingänge im Haushaltsjahr 1931/32. Die gesamten Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches betrugen in der Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 rund 7,8 Milliarden RM. Das bedeutet im Vergleich zu den bereits vorsichtig aufgestellten Schätzungen des Haushaltsplanes eine Mindereinnahme von 385 Millionen RM. Diese Mindereinnahme wäre zweifellos noch höher gewesen, wenn im Verlauf des kritischen Jahres nicht noch verschiedene Steuererhöhungen eingeführt worden wären — so die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Einführung der Umsatz-Ausgleichsteuer sowie der Reichsfluchtsteuer — und wenn ferner nicht die Termine für die Vorauszahlungen an Einkommen- und Körperschaftssteuer vom April auf den März d. J. vorverlegt worden wären. Vergleicht man das Ergebnis dieses Jahres mit dem Aufkommen an Steuern und Zöllen im Vorjahre (1. April 1930 bis 31. März 1931), so zeigt sich sinnfällig, wie sehr die Steuerkraft in Deutschland erschlafft ist. Trotz erheblicher Erhöhungen bei einer ganzen Reihe von Abgaben liegt der Ertrag 1931/32 um rund 1,25 Milliarden RM. unter dem Stande des Vorjahres

*

Ein Beispiel nur aus dem Aufkommen einzelner Steuerarten, aber ein besonders beweiskräftiges: die starke Abnahme des Ertrages der Tabak- und der Biersteuer. Der Ertrag beider Steuern liegt insgesamt um rund 360 Millionen RM. unter dem Stande von 1930/31. Diese Ziffer veranschaulicht in erster Reihe das Sinken der Massenkaufkraft und den damit verbundenen Rückgang des Verbrauchs. Sie illustriert, besser als viele Worte, in welchem Grade sich das deutsche Volk einschränken muß. Was insbesondere den Bierkonsum betrifft — man hat ihn im Auslande vielfach als das beste Barometer deutschen Wohlergehens bezeichnet, so ist festzustellen, daß gerade er aufs stärkste gesunken ist: von 51,4 Millionen Hektoliter im Jahre 1930 auf 39,4 Millionen Hektoliter im Jahre 1931.

*

Das gesamte steuerliche Ergebnis des Haushaltsjahres 1931/32 zeigt von neuem den ganzen Umfang der deutschen Wirtschaftsnot, den Rückgang der Lebenshaltung, die Schrumpfung der Kaufkraft, die zunehmende Proletarisierung des deutschen Volkes als Folgeerscheinung des verlorenen Krieges und der mörderischen Wirtschaftskrise. Wenn die Welt — zum mindesten der urteilsfähige und wohlmeinende Teil des Auslandes — es nicht ohnehin wüßte, die dürren Zahl der Steuerstatistik müßten es ihr zeigen: irgendwelche Beträge für Reparationszwecke aus der erschöpften und blutleeren Volkswirtschaft herauszuwirtschaften, wäre gleichbedeutend mit dem Versuch, von einem Mann mit geleerten Taschen Vermögenssteuer eintreiben zu wollen.

Der deutsche Außenhandel im April

Berlin, 18. Mai. Im April 1932 war die **deutsche Einfuhr** mit 427 Millionen RM. wertmäßig um 63 Millionen RM., d. h. **um 17 Prozent höher als im März d. J.** Mengenmäßig beläuft sich die Zunahme sogar auf mehr als 20 Prozent. Bei diesem **Ansteigen der Einfuhr,** das saisonmäßig nicht erklärt werden kann, handelt es sich offenbar zum Teil um eine Reaktion auf die unverhältnismäßig starke Schrumpfung der Warenbezüge im Vormonat. Die Erhöhung der Einfuhr entfällt im wesentlichen auf die Gruppen Lebensmittel und Rohstoffe (plus 30 bezw. plus 32 Millionen RM.), während sich die Fertigwareneinfuhr wert- und mengenmäßig kaum verändert hat.

Die **Ausfuhr** belief sich im April auf 472 Millionen RM.; hinzu kommen Reparationssachlieferungen im Betrage von 9 (im Vormonat 11) Millionen RM. Gegenüber März ist die **Gesamtausfuhr somit um 46 Millionen RM. gesunken.** Dieser Rückgang ist nur zu einem kleinen Teil durch die weitere Senkung der Preise zu erklären; überwiegend handelt es sich bei dieser wertmäßigen Abnahme um eine Schrumpfung der Ausfuhrmengen. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt ausschließlich auf die Gruppe Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um fast 11 Prozent unter dem Stand des Vormonats liegt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hat sich etwa auf Vormonatshöhe gehalten. In der Entwicklung der Gesamtausfuhr war vor allem die rückgängige Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend.

Die **Handelsbilanz** schließt im April **mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 45 (März 152) Millionen RM. ab.** Einschließlich der Reparationssachlieferungen belief sich der Ausfuhrüberschuß auf 54 Millionen RM.

Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten am 27. Mai?

Berlin, 18. Mai. Im Preußischen Landtag haben nun alle fünf im neuen Parlament noch vorhandenen Fraktionen die ersten Sitzungen anberaumt. Die Nationalsozialisten tagen in Anwesenheit Adolf Hitlers am Donnerstag, den 19. Mai.

Nach den beiden ersten Sitzungstagen muß der neue Landtag einen Tag aussetzen, weil am Donnerstag, den 26. Mai, Fronleichnam ist. In parlamentarischen Kreisen wird aber erklärt, daß man bereits für **Freitag, den 27. Mai, mit einem Antrag auf Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten rechnen** könne, nachdem das Kabinett Braun seinen Rücktritt erklärt hat. Ohne jetzt schon mit Sicherheit zu sagen, ob dieser Antrag von kommunistischer oder nationalsozialistischer Seite kommt, weiß man in parlamentarischen Kreisen nicht mit Sicherheit, ob der neue Landtag die Wahl vornehmen könnte, ehe abschließend festgestellt ist, welche Persönlichkeiten die Mandate ausüben werden. Sollten die Nationalsozialisten beabsichtigen, die Aenderung der Geschäftsordnung wieder zu beseitigen, wonach der neue Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann, so ist nach einer neuen Version in parlamentarischen Kreisen damit zu rechnen, daß sowohl die Kommunisten, wie auch die Sozialdemokraten und — unter gegebenen Umständen — das Zentrum sich nicht an der Stimmabgabe beteiligen und damit das Haus beschlußunfähig machen würden.

Die deutsche Lehrertagung

Rostock, 18. Mai. Zu Beginn des zweiten Tages der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins ging aus Paris ein Begrüßungstelegramm ein, in dem das Büro der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände und der geschäftsführende Vorstand den deutschen Kollegen die herzlichsten Gefühle der Verbundenheit im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und für herzliche Zusammenarbeit der Völker aussprach. Von der Versammlung wurde der Vertreter des **Memelländischen Lehrervereins** stürmisch begrüßt, der für die Beweise inniger Verbundenheit den herzlichen Dank überbrachte. Gegenüber dem Kampf der memelländischen Machthaber, der sich besonders gegen die Jugend und gegen die Lehrerschaft im Memelland richtet, legte der Abgesandte ein begeistert aufgenommenes Treuegelöbnis zu Volk und Reich ab.

Der Vorsitzende des D.L.V., Georg Wolff, sprach über das Thema **„Schule, Lehrerschaft und Deutscher Lehrerverein in der Gegenwart“.** Die deutsche Lehrerschaft, so führte er aus, sehe mit schmerzlichem Bedauern, daß die Welt des Geistigen und damit die Bedeutung der Schule für Erziehung in der Wertschätzung des Volkes gesunken sei. Sie werde an ihrem Teil mitarbeiten an einer Höherschätzung der geistigen Kräfte der Schule und der Erziehung. Sie fordere aufs neue die einheitliche deutsche Volksschule auf der Grundlage des deutschen Volkstums, die die Lehrerpflichten und Anschauungen in sich vereinige. Der Deutsche Lehrerverein bitte alle Kreise um Schutz der Jugend, um Erhaltung und Ausbau der Schule, um das Höchstmaß erziehlicher Fürsorge für das junge Geschlecht. Er warne vor einer vorzeitigen Politisierung des jungen Geschlechts und vor der Hineinziehung der Kinder in politische Tageskämpfe.

Der Deutsche Lehrerverein nahm nach einer ausgedehnten Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß der Deutsche Lehrerverein fast restlos hinter der Reichsverfassung steht, eine Entschließung an, in der alle Kreise eindringlichst zum **Schutze der Jugend,** insbesondere auch gegen deren politische Verhetzung aufgefordert werden, ferner der Ausbau der Schule sowie das Höchstmaß von erzieherischer Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht gefordert wird. Gegen Schluß befaßte sich der Deutsche Lehrerverein mit der **Junglehrerfrage.** Nach dem Vortrag eines Vertreters der Junglehrerschaft wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der erneut gefordert wird, die für die Schuljugend unseres Volkes notwendigen und wertvollen Kräfte nicht länger brachliegen zu lassen. Im Jahre 1933 wird die Vertreterversammlung in Magdeburg stattfinden.

Damaschke über Bodenreform und Landwirtschaft

Der Bund Deutscher Bodenreformer hielt während der Pfingstfeiertage seinen 34. Bundestag in Danzig. Dr. Adolf Damaschke sprach über „Bodenreform und Landwirtschaft, die Zinsknechtschaft und ihre Ueberwindung“. Er ging von der gegenwärtigen Not der deutschen Landwirte aus, deren Wurzel er in dem bestehenden Bodenrecht suchte. Mit der Aufhebung der Verschuldungsgrenze im Jahre 1843 und mit der Ablösung der Reallasten im Jahre 1850 sei der Boden zu einer Ware geworden und jederzeit frei verschuldbar. Die für die Landwirtschaft drückende Verschuldung der Vorkriegszeit sei zwar durch die Inflation aufgehoben worden, jedoch habe man die Forderung der Bodenreformer nicht beachtet, bei den damals geplanten Notstandskrediten eine Verschuldungsmöglichkeit nur für Bodenverbesserungen, nicht aber für unproduktive Zwecke zuzulassen. So habe die Verschuldung der Landwirtschaft jetzt wieder eine Höhe von über 12 Milliarden RM. erreicht. Das bedeute bei einem Zinssatz von nur 5 Prozent eine jährliche Belastung von 600 Millionen RM., d. h. an jedem der 300 Arbeitstage eine Belastung von 2 Millionen RM. Die Osthilfemaßnahmen der Reichsregierung hätten nur zu einer Erhöhung oder Hochhaltung der Güterpreise geführt, ein Ergebnis, das nicht geeignet sei, den menschenleeren Osten mit leistungsfähigen Siedlern zu belegen. Die Not der Landwirtschaft müsse durch Schaffung neuer Rechtsgrundlagen dauernd beseitigt werden, und zwar müßten diese Rechtsgrundlagen von dem in Artikel 155 der Reichsverfassung niedergelegten Grundrecht des deutschen Volkes ausgehen. In diesem Artikel werde ein Rechtszustand verheißen, der jedem Mißbrauch am Boden vorbeugt und vor allem anstrebt, den deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte zu sichern.

Kochen Sie MAGGI's Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[11

„Mütterchen Hastings . . . ich . . . ich muß Ihnen jetzt alles sagen. Vielleicht können Sie mir helfen. Das mit dem schrecklichen Mord . . . in London . . . das ist Lady Wilson, bei der ich Vorleserin gewesen bin. Bis gestern war ich bei der gütigen Frau, die mir nur Gutes getan hat. Jetzt ist sie ermordet worden . . . von dem Manne, den ich liebte, der mir geholfen hatte, als ich arm und verlassen in London herumirrte . . . Ich hatte nichts von dem Mord gewußt, ich schwöre es bei Gott . . . Mütterchen Hastings!

Ich betete meine Herrin an. Jeden Tag war ich viele Stunden bei ihr. Ich wußte nicht, daß Charlie Hickson ein Verbrecher ist. Ich wußte nichts davon — bis heute nacht. Da kam er zu mir und sagte mir alles. Daß er Lady Wilson ermordet habe . . . aus Habgier . . ., und daß man mich suchen würde als ihre Mörderin. Er hatte meinen Mantel dort gelassen, im Mordzimmer . . . um die Spur von sich wegzulenken, zu mir. Ich sollte fliehen, als Mann verkleidet.

Ich weigerte mich. Er zwang mich, schnitt mir meine Haare ab . . . dann ging er, Männerkleider zu holen. Ich floh, ehe er zurückkam . . . floh zu Ihnen . . . zu dem einzigen Menschen auf der Welt, der es gut mit mir meint. Jetzt wird man mich suchen und mich hier finden — und Sie werden mir auch nicht helfen können, Mütterchen Hastings. Man wird mich finden, mich verurteilen . . . und ich bin doch unschuldig . . .“

Totenstille folgte dem zerrissenen Wortgestammel des Mädchens. Kerzengerade saß die Blinde in ihrem Stuhl. Die toten Augen waren weit aufgerissen. Wie von weither hörte Ellinor ihre Stimme:

„Man verdächtigt dich des Mordes, Nelli?“

„Ja, Mütterchen, man verdächtigt mich! Aber ich habe es nicht getan! Ich schwöre es!“

„Ich glaube es dir, armes Kind. Ich kenne dich seit meiner frühesten Kindheit. Ich weiß, wie du bist, und ich weiß, daß du kein Verbrechen begehen kannst. Du bist keine Mörderin.“

Feierlich klang es durch den Raum.

Eng aneinandergeschmiegt saßen dann die beiden Frauen, regungslos.

Plötzlich fuhr die Blinde in die Höhe.

„Du mußt fliehen, Nelli, schnell, ehe es zu spät ist! Noch in dieser Nacht! Um Mitternacht geht ein Zug nach Yarmouth; irgendein Dampfer wird dich sicher nach Calais bringen. Hier!“

Sie schob Ellinor beiseite, stand auf und tastete sich nach ihrem Schreibtisch. Dort zog sie einen Kasten auf, nahm Geld heraus.

„Hier, Nelli! Das wird für die erste Zeit reichen!“

„Nein, nein, Mütterchen! Ich habe Geld . . .“

„Nimm es, Nelli, sonst kann ich nicht ruhig sein. Du wirst viel Geld brauchen, um weiter zu kommen. Nimm doch, Kind!“

„Wie kann ich . . . Ihre Ersparnisse . . . Mütterchen Hastings!“

Bitterlich weinend vergrub Ellinor ihr Gesicht in die Hände.

„Nelli! Nelli . . .!“

Erschreckt sprang Ellinor auf. Wie seltsam dieser Ruf geklungen hatte! Sie lief hinüber zu Frau Hastings, deren Gesicht sich plötzlich verzerrt hatte. Ihre Hände fuhren krampfhaft umher.

„Nelli! Schnell mein Pulver! Mein Herz . . .“

„Mütterchen, liebes, liebes Mütterchen!“

Ellinor brachte die Kranke zum Stuhl zurück und rannte dann ins Schlafzimmer, das Pulver zu holen.

Mühsam flößte Ellinor der Kranken das weiße Pulver ein. Langsam kam Frau Hastings wieder zu sich. Der Herzkrampf schien vorüber zu sein.

„Regen Sie sich nicht mehr auf, Mütterchen Hastings. Legen Sie sich ins Bett, bitte. Ich bleibe bei Ihnen! Nein, Sie dürfen jetzt nicht reden. Man wird mich hier nicht finden, hier am wenigsten vermuten! Kommen Sie, Mütterchen, ich bringe Sie zur Ruhe.“

Langsam geleitete sie die Blinde hinüber in ihr Schlafzimmer, fürsorglich half sie ihr beim Entkleiden, bettete sie Frau Hastings in die Kissen.

Zärtlich ergriff die alte Dame die Hände des Mädchens.

„Du bist so gut, Nelli. Ich bin so froh, daß du da bist. Warte bis morgen, dann wollen wir weiter sehen.“

Ellinor versprach alles. Ruhig blieb sie neben Frau Hastings sitzen, bis die Blinde eingeschlafen war. Dann erst schlich sie vorsichtig aus dem Zimmer.

Morgen? Morgen würde es zu spät sein. Morgen würde man sie sicher hier entdeckt haben. Aber was sollte sie tun? Konnte sie jetzt von hier weggehen? Konnte sie die hilflose Kranke, die Wohltäterin ihrer Kindheit, heute nacht allein lassen?

Nein! Das konnte sie nicht. Frau Hastings war ja so krank, viel kränker, als sie wußte, hatte Kate Campbell gesagt. Man durfte sie nicht aufregen und nun hatte sie ihr alles erzählt, hatte sie aufgewühlt und erregt.

Herrgott! Was sollte sie nur tun? Wenn sie hier blieb, war sie verloren. Am hellen Tage durfte sie es nicht wagen, von hier aus mit der Bahn fortzufahren. Morgen war es zu spät zur Flucht.

Wie im Fieber lief Ellinor im Zimmer auf und ab. Die Gedanken stießen sich in ihrem armen Kopf.

Wenn sie diese Nacht noch floh, konnte die Flucht vielleicht gelingen. Sie hatte doch den Paß von Charlie, der auf den Namen John Murray lautete. Aber sie hatte keine Männerkleidung.

Halt! — Hier war ja das Zimmer eines jungen Mannes. Dort in dem Schrank würden sicher Männerkleider hängen. Ob sie ihn öffnete? Der Schlüssel steckte; es würde ganz einfach sein.

Vorsichtig drehte Ellinor den Schrankschlüssel herum. Die Tür ging auf. Anzüge hingen hier — eine ganze Reihe. Oh!, sie war gerettet! (Fortsetzung folgt.)